

Es ist fünf vor zwölf

Rettungspakt für notleidendes E-Government?

(BS/Wilfried Kruse*) Die Fehlsteuerung des E-Governments hat den Stand fünf vor zwölf erreicht. Wieder reibt sich der interessierte Beobachter die Augen, wenn er den Appell des Nationalen Normenkontrollrates (NKR) hört. E-Government Nutzer verlieren in Deutschland zunehmend den Spaß an der “Elektrischen Verwaltungskommunikation”. Das ist ja auch kein Wunder, weil so viele Süppchen einzeln gekocht werden, absolute Umständlichkeit und Nutzerabschreckung auf vielen Feldern das Ergebnis sind und man sich im föderalen Staat – trotz IT-Planungsrat und Co. – eher auf liebgewonnener eigener Spielwiese aufhält, als sich gemeinsam und ohne überflüssige Eitelkeiten auf den Zukunftsweg zu machen, so wie es die Industrie 4.0 mit ihrer Strategie vormacht.

E-Government und IT-Strategie im föderalen Staat brauchen, über die vom NKR dringend angemahnten gemeinsamen, verbindlichen Servicestandards und konsequent nutzerfreundliche und standardisierte Schnittstellen und Komponenten, auch noch einen neuen und zentralen Fokus auf die Bedarfe der Unternehmen in Deutschland mit seinen tausenden kommunalen Standorten. Denn Unternehmen haben einen zig-fach höheren Kommunikations- und Transaktionsbedarf als der “normale Bürger”, den es im Durchschnitt nur 1,4 mal im Jahr in sein Rathaus “treibt” – eine Erkenntnis, die eigentlich nicht neu ist, aber jetzt hoffentlich in den politischen und administrativen Köpfen (endlich) zum Umdenken führt.

Seit Beginn des “Industrie-4.0-Zeitalters” auf der CeBIT 2013 hätte das schon vielerorts auffallen müssen. Allein die von IVM² unmittelbar nach der CeBIT 2013 kreierte und vorgestellte “Verwaltung 4.0” hatte den Unternehmensfokus lange Zeit allein als gesamt-konzeptionellen Modernisierungsansatz “auf dem Schirm”.

Auf dem letzten IT-Gipfel der Bundesregierung im November 2015 wurde dann – fast drei Jahre nach der “Industrie 4.0”, aber immerhin, die neue Plattform “Staat 4.0 – Digital – Souve-

rän – Innovativ”, proklamiert. “NRW 4.0”, von der Ministerpräsidentin Anfang 2015 als “Digitale Revolution” ausgerufen, gibt es nun schon seit über einem Jahr, im Schlepptau mittlerweile in NRW auch die “Bildung 4.0”, den “Mittelstand 4.0” und die jüngste Initiative, die “Neue Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0”.

Exakt vor zwei Jahren lautete mit Blick auf e-nrw 2014 der Vorhalt an dieser Stelle in Sachen IT-Strategien: “Im Schnecken-tempo auf den falschen Berg!?” Der falsche Bergnamens “Bürger” war gemeint, der richtige Berg wäre der mit dem Namen “Unternehmen” gewesen...

Zwei Jahre sind seitdem vergangen und E-Government-Monitorings beklagen regelmäßig rückläufige (Bürger-)Nutzerzahlen. Der “Standort Deutschland 4.0”, in dem öffentliche Dienstleistung ein zentral wichtiges Glied (und Kostenfaktor) in der Wertschöpfungskette der Unter-

nehmen ist, ist durch die lange fehlgeleitete E-Government-Strategie nicht wirklich weiter vorangekommen.

Immerhin: Im aktuell zu erwartenden E-GovG NRW ist nun auch ausdrücklich von Dienstleistungen und Services für Unternehmen die Rede und aus dem Hause des CIO war auf dem Kongress e-nrw 2015 die Botschaft zu vernehmen, dass man mit dem E-GovG NRW nun die “Verwaltung 4.0” in NRW anstreben und realisieren wolle. Es besteht also Hoffnung, auch wenn es schon “fünf vor zwölf” ist... Mehr dazu auf e-nrw am 9. November in Düsseldorf.

**Wilfried Kruse, Geschäftsführender Gesellschafter IVM², ist fachlicher Leiter und Moderator des Verwaltungskongresses “e-nrw”, den der Behörden Spiegel am 9. November in Düsseldorf veranstaltet. Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.e-nrw.info*

9. November 2016, Düsseldorf



NRW 4.0: Die Verwaltung im Zentrum des Digitalen Wandels!

→ www.e-nrw.info